

Niederschrift

über die 31. Sitzung des Umwelt- und Bauausschusses der Stadt Geilenkirchen am Dienstag, dem 04.06.2019, 18:00 Uhr im Großen Sitzungssaal, Markt 9, 52511 Geilenkirchen

Tagesordnung

1. Vorstellung und Beratung der Planungen zum Umbau und zur energetischen Sanierung der Anita-Lichtenstein-Gesamtschule, 1. Bauabschnitt
Vorlage: 1571/2019
2. Vorstellung und Beratung der Planungen zum Neubau einer Turnhalle mit Klassenraum und Verbindungstrakt sowie Umgestaltung des Außengeländes auf dem Grundstück der GGS Gillrath
Vorlage: 1574/2019
3. Vorstellung und Beratung der Planungen zum Neubau eines Kindergarten auf dem Grundstück Martin-Heyden-Straße 58, 52511 Geilenkirchen
Vorlage: 1575/2019
4. Vorstellung und Beratung der Planungen zur Erweiterung des Kindergartens auf dem Grundstück Im Gang 34 - 36, 52511 Geilenkirchen
Vorlage: 1576/2019
5. Antrag der CDU Fraktion zur Prüfung auf Herstellung eines Kreisverkehrsplatzes an der Kreuzung K24 - Apweilerstraße/Ederener Straße
Vorlage: 1589/2019
6. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Ausrufung des Klimanotstandes für die Stadt Geilenkirchen
Vorlage: 1591/2019
7. Beratung und Entscheidung über das Einvernehmen zur Erweiterung einer Abgrabung in Geilenkirchen-Müllendorf
Vorlage: 1559/2019
8. Beratung und Entscheidung über das Einvernehmen zur Erweiterung einer Abgrabung in Geilenkirchen-Leiffarth
Vorlage: 1556/2019
9. Anfragen

Anwesend waren:

Vorsitzende/r

1. Hans-Josef Paulus

Stellvertretende/r Vorsitzende/r

2. Kirsten vom Scheidt

Mitglieder

3. Hans-Jürgen Benden anwesend bis 21:40 Uhr
4. Karl-Peter Conrads
5. Christoph Grundmann
6. Theresia Hensen
7. Wilfried Kleinen
8. Barbara Slupik
9. Raimund Tartler
10. Harald Volles

Stellvertretendes Mitglied

11. Helmut Gerads Vertretung für Herrn Johann Graf
12. Rainer Jansen Vertretung bis 18:15 Uhr für Herrn Bani-Shoraka
13. Stefan Mesaros Vertretung für Frau Gabriele Kals-Deußen
14. Max Weiler Vertretung für Herrn Dirk Kochs ab 19:10 Uhr

Sachkundige/r Bürger/in

15. Daniel Bani-Shoraka anwesend ab 18:15 Uhr
16. Cornelia Banzet
17. Hans-Josef Benend
18. Ursula Rudzki
19. Peter Schulz
20. Dirk Kochs anwesend bis 19:10 Uhr

von der Verwaltung

21. Erster Beigeordneter Herbert Brunen
22. Gort Houben
23. Dipl. Ing. Roland Jers
24. Christoph Nilles

Protokollführer

25. Manfred Houben

Gäste

26. Dipl. Ing. Architekt Hans-Jürgen Faust
27. Dipl. Ing. Architekt Axel Klemens
28. Dipl. Ingenieur Arthur Stefelmans

Sachkundige/r Bürger/in

Es fehlten:

29. Johann Graf
30. Gabriele Kals-Deußen

Ausschussvorsitzender Paulus begrüßte die Gäste und Vertreter der Presse, die Mitglieder des Ausschusses und der Verwaltung zur 31. Sitzung des Umwelt- und Bauausschusses. Er stellte die Beschlussfähigkeit fest und teilte mit, dass form- und fristgerecht zur Sitzung eingeladen worden sei. Gegen die Niederschrift der 30. Sitzung des Umwelt- und Bauausschusses vom 07.05.2019 wurden keine Einwendungen vorgetragen. Auf Nachfrage des Ausschussvorsitzenden Paulus wurde die Tagesordnung einstimmig um den Tagesordnungspunkt 6, Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erweitert. Zu Sitzungsbeginn wurden die Sachkundigen Bürger Jürgen Steegers und Uwe Eggert für ihre Tätigkeit im Ausschuss verpflichtet.

**TOP 1 Vorstellung und Beratung der Planungen zum Umbau und zur energetischen Sanierung der Anita-Lichtenstein-Gesamtschule, 1. Bauabschnitt
Vorlage: 1571/2019**

Ausschussvorsitzender Paulus begrüßte die Architekten Hans-Jürgen Faust und Axel Klemens vom Architekturbüro Heuer / Faust und übergab Ihnen das Wort zur Vorstellung der Planung zum 1. Bauabschnitt an der Anita-Lichtenstein-Gesamtschule.

Anhand der beigelegten Präsentation erläuterten die Herrn Faust und Klemens abwechselnd die geplanten Sanierungsmaßnahmen. Schlagworte der Sanierung waren die Dämmung der Fassade, Einbringung von Informationsträgern in der Fassade, Umgestaltung der Brüstung, Umbau der Lehrküche, Erneuerung des Dachaufbaus, der Entwässerungsanlage, der Bodenbeläge sowie dem Neuaufbau der Toilettenanlage.

Durch die Erweiterung der Aufgabenstellung im letzten Jahr und der konjunkturbedingten Preissteigerung in den letzten eineinhalb Jahren haben sich die nun vorgelegten Kosten laut Herrn Faust ergeben. Für kleinere Gewerke erhalte man teilweise keine oder nur sehr teure Angebote und man müsse eine neue Ausschreibung starten. Man habe daher in der Kostenfortschreibung die Preise an die aktuellen Entwicklungen angepasst.

Ausschussvorsitzender Paulus erkundigte sich nach dem jeweiligen Charakter der vorgestellten Sanierung.

Herr Faust erklärte, dass nur ein Teil ausschließlich der energetischen Sanierung zugerechnet werden könne. Die Bodenbeläge weisen Schäden auf und sind verschlissen. Lüftungen werden bei Umbaumaßnahmen nicht mehr über Lüftungselemente wie Fenster hergestellt, sondern über eine Einzelraumbelüftung. Die abgehangenen Decken werde man ebenfalls komplett erneuern, da neue Technik unter der Decke verlegt werden muss. Zu berücksichtigen sei, dass bei der Errichtung der Schule schadstoffhaltige Materialien verbaut worden sind, welche man nun entfernen könne.

Stadtverordnete Slupik begrüßte die Einbeziehung der Schüler in verschiedene Detailplanungen. Sie erkundigte sich nach der vorgelegten Kostenplanung, da ein Betrag von ca. einer Million nicht klar in der Vorlage belegt sei und wie die folgenden Bauabschnitte finanziert werden sollen, wo bereits der erste Bauabschnitt erheblich teurer werde.

Beigeordneter Brunen konkretisierte das vorgelegte Zahlenmaterial dahingehend, dass ein Teil der Ausgaben bereits für den Haushalt 2020 vorgeplant sei und daher in der Vorlage nicht erwähnt worden seien. Für die weiteren beiden Bauabschnitte könne man erst im Herbst konkretere Zahlen vorlegen, nachdem die Planung erfolgt sei. Den dritten Bauabschnitt werde man wegen der zu erwartenden Kosten in der Ausführung zeitlich strecken. Trotz der vorliegenden Kostenentwicklung solle man zeitnah mit der Sanierung beginnen. Bei der Errichtung der Anita-Lichtenstein-Gesamtschule habe niemand an energetische Einsparpotenziale gedacht. Man solle die Schule in einem guten Zustand behalten und die vorgestellten Maßnahmen seien angemessen. Man werde die Kosten im Blick behalten und in die Planungen habe man den Kämmerer mit einbezogen.

Stadtverordneter Gerads wolle der Vorlage trotz der Kostensteigerung zustimmen, forderte jedoch eine Information über die geplante Kostenverteilung mittels einer differenzierten Darstellung und diese umgehend vorzulegen.

Stadtverordneter Grundmann lobte die gelungene Gestaltung und fragte nach der notwendigen Finanzierung und ob eine Haushaltssicherung drohe.

Beigeordneter Brunen verwies auf verschiedene Fördermöglichkeiten und erklärte, dass es sich hier um eine Pflichtaufgabe handele.

Stadtverordneter Mesaros äußerte sich lobend über die gelungene Planung, bemängelte aber die vorgetragene Kostensteigerung. Schließlich würden noch zwei Bauabschnitte folgen. Die Küche würde in einem vergrößerten Raum neu aufgebaut nur um wieder Trennwände aufzustellen. Er frage sich zudem, ob das Abwasser nach außen geführt werden müsse und ob ein überdachter Vereinseingang unbedingt notwendig sei.

Stadtverordneter Volles bat um Darstellung des Energieverbrauchs vor und nach der energetischen Sanierung. Zudem bemängelte er die Vorstellung eines fertigen Gestaltungsplanes ohne Beteiligung des Gremiums.

Herr Faust erwiderte, dass die Abwasserleitungen nicht mehr vorschriftsgemäß seien. Im Rahmen einer energetischen Sanierung müsse man in erster Linie die Hülle überarbeiten.

Stadtverordneter Kleinen erkundigte sich nach den vorgetragenen Steigerungen der Sanierungskosten und ob evtl. ein Neubau nicht kostengünstiger sei. Man habe dem Gremium hier ein Sanierungskonzept vorgelegt, ohne das dazugehörige Zahlenmaterial. Er erinnerte daran, dass man ein Konzept zur energetischen Sanierung beschlossen habe. Mit der vorgestellten Planung habe man sich sehr weit vom Beschluss entfernt und dies ohne konkrete Zahlen zu nennen. Er sei der Meinung, dass man in Bildung und energetische Sanierung investieren solle.

Ausschussvorsitzender Paulus stellte nochmals klar, dass die Bausubstanz aus 1970 einer umfangreichen Sanierung bedürfe. Es gebe verschiedene Förderprogramme und er sei der Meinung, dass hier nur notwendige Maßnahmen ergriffen würden.

Stadtverordneter Benden gab an, sich bei der Abstimmung zu enthalten, da eine energetische Sanierung beschlossen werden sollte. Hier aber zu wenig Daten und Fakten geliefert worden seien.

Stadtverordneter Gerads bat um Mitteilung, welche Fördergelder für die vorgestellte Maßnahme beantragt und eingeplant werden können.

Beigeordneter Brunen antwortete, dass hier Fördermittel aus dem Programm „Gute Schule 2020“ verwendet werden. Die anderen vorgestellten Maßnahmen seien nicht förderschädlich und die Küchenplanung habe zu weiteren notwendigen Umplanungen geführt.

Stadtverordneter Conrads erklärte, dass die vorgestellte Sanierung im Zusammenhang mit der energetischen Sanierung bestimmt kostengünstiger sei, als diese zu einem späteren Zeitpunkt durchzuführen. Er forderte die Vorstellung von detaillierten Zahlen und erkundigte sich nach dem Fassadenschutz. Er wolle wissen, ob die Fassade gegen Graffiti geschützt sei und ob es sich um einen permanenten Schutz handele oder ob dieser Schutz nach der Entfernung von Graffiti erneuert werden müsse.

Herr Faust erwiderte, dass ein Graffitischutz aufgebracht werden könne, dieser aber regelmäßig zu erneuern sei.

Stadtverordneter Kleinen beantragte, den Beschluss in die Ratssitzung zu verschieben, um die bis dahin vorzulegenden differenzierten Zahlen für die Entscheidung berücksichtigen zu können.

Stadtverordneter Benden warf dem Ausschussvorsitzenden vor, dass er nicht alle ihm bekannten Informationen an das Gremium weiter gebe, was umgehend vom Ausschussvorsitzenden klargestellt wurde.

Beigeordneter Brunen sagte eine Nachlieferung der detaillierten Zahlen zu. Mit der heutigen Abstimmung treffe man zudem keine abschließende Entscheidung.

Die Stadtverordneten Conrads und Gerads sprachen sich für eine Beschlussfassung im Gremium aus.

Beschlussvorschlag:

Die vorgestellte Entwurfsplanung zum Umbau und zur energetischen Sanierung der Anita-Lichtenstein-Gesamtschule, 1. Bauabschnitt wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschlussvorlage wurde mehrheitlich zugestimmt.

TOP 2 Vorstellung und Beratung der Planungen zum Neubau einer Turnhalle mit Klassenraum und Verbindungstrakt sowie Umgestaltung des Außengeländes auf dem Grundstück der GGS Gillrath Vorlage: 1574/2019

Anstelle des Planungsbüros Hansen – Hano trug Herr Dipl. Ing. Jers vom Amt Stadtbetrieb und Wirtschaftsförderung die Planung für den Neubau einer Turnhalle mit Klassenraum und Verbindungstrakt sowie Umgestaltung des Außengeländes an der GGS Gillrath vor. Die Präsentation wird der Niederschrift hinzugefügt. Kernpunkte des Vortrages waren die Verlegung der Turnhalle wegen erschwerter Gründungsmöglichkeit am zuletzt geplanten Standort, Bau eines zusätzlichen Klassenraums bzw. OGS-Raum, Herstellung eines Gründaches zur Kompensation des Eingriffs in die Natur, Turnhalle mit möglicher Vereinsnutzung und die Verlegung von Schulhof und Spielplatz.

Stadtverordnete Slupik begrüßte die vorgelegte Planung und wollte wissen, ob der geplante Notausgang auch bei Vereins- bzw. Dorfveranstaltungen ausreichend sei.

Herr Jers räumte ein, dass ein Notausgang knapp bemessen sei. Zur Klärung werde aber noch eine Brandschutzbegutachtung erfolgen, bei der eine erweiterte Nutzung der Turnhalle mit überprüft werde.

Stadtverordnete Slupik erbat die Erweiterung der Planung von einer Sporthalle auf eine Mehrzweckhalle, da der Ortsteil Gillrath über keine entsprechende Versammlungsstätte verfüge. Ebenfalls bat Sie um Vorlage einer entsprechenden Kostenermittlung.

Herr Jers antwortete, dass die Planung einer Versammlungsstätte bisher nicht erfolgt sei. Die Planungen seien auf einen Veranstaltungsort für bis zu 200 Personen beschränkt worden. Es müssten dann noch verschiedene technische Umplanungen erfolgen. Die Verwaltung müsse

bei einer Erweiterung die Belüftungsanlage, Schallimmissionen, Brandschutzvorschriften, Parkplätze und andere Vorgaben neu prüfen. Er rechne mit einem Mehraufwand von ca. 140.000 – 150.000 €. Würde man die jetzige Planung ausführen und später ausbauen, wäre dies mindestens doppelt so teuer.

Stadtverordneter Benden stellte fest, dass es gegenüber der ursprünglichen Planung erhebliche Umgestaltungen ohne vorherige Beteiligung gegeben habe. Mit dem Gremium könne man so nicht verfahren. Man habe in einer kurzfristigen Aktion 24 Bäume gefällt und in der anschließenden Probebohrung die Ungeeignetheit der Fläche festgestellt. Er beklagte die schlechte Arbeit der Verwaltung bezüglich des Umganges mit dem Gremium und der Schule, unnötiges Fällen von Bäumen, Einhaltung der Barrierefreiheit, die unnötige Verlegung des Baukörpers und nicht nachvollziehbare Kostenangaben und –steigerungen. Er könne im Moment keine Entscheidung treffen, da die notwendige Transparenz fehle und belegte dies mit einer Gegenrechnung zu den Gründungskosten.

Herr Jers antwortete, dass nach dem vorgelegten Gutachten bei der Gründung noch die Kosten für den zusätzlichen Aushub (Erdbebenkategorie 3) hinzugerechnet werden müssten. Diese würden im vorgetragenen Beispiel fehlen. Bei den deutlich besseren Bodenverhältnissen am neuen Standort könne man im Kostenrahmen bleiben. Er sei grundsätzlich für den Erhalt von Bäumen, wenn dies möglich sei. Die ersten Bäume seien wegen des engen Zeitfensters gefällt worden. Für die Errichtung des Baukörpers werde eine Baustraße benötigt, welche nur durch die Beseitigung von Bäumen hergestellt werden könne. Barrierefreiheit könne man mit dem vorgelegten Bauplan erreichen.

Stadtverordneter Gerads sprach sich gegen eine weitere Verschiebung des Beschlusses aus. Man könne der Beschlussvorlage sehr wohl zustimmen und auch darüber selbst entscheiden. Wenn eine Errichtung der Halle nur am neuen Standort möglich sei, solle man zügig mit dem Bau beginnen.

Stadtverordneter Grundmann bezeichnete die bereits durchgeführten Fällarbeiten als unglücklich, werde dem Plan aber zustimmen. Er wollte jedoch eine Gefährdung der Nutzer durch kontaminierten Boden ausgeschlossen wissen.

Herr Jers bestätigte, dass bei einer Bohrung in einer Tiefe von 2,5 m leichter Dieselgeruch wahrzunehmen sei. Für die geplante Nutzung als Spielfläche werde man das Gutachten auswerten und ggfs. weitere Beprobungen bzw. notwendige Sanierungen durchführen lassen.

Stadtverordneter Mesaros bemängelte, dass man ihm für seine Entscheidung nicht ausreichende Informationen über die Standortverlegung und der daraus resultierenden Kosten vorgelegt habe. Er stellte klar, dass der Bau des Klassenraumes und der Mehrzweck- bzw. Sporthalle notwendig sei.

Stadtverordneter Benden erklärte, dass eine weitere Beprobung unbedingt notwendig sei, um eine mögliche Kontaminierung der Fläche feststellen und beseitigen zu können. Man könne das Zeitfenster bis zur nächsten Fällperiode nutzen, um die Vor- und Nachteile der verschiedenen Standorte abwägen zu können. Er sei der Meinung, dass für eine Baustraße höchstens noch zwei Bäume gefällt werden müssten.

Stadtverordnete Slupik beantragte, bis zur nächsten Sitzung des Umwelt- und Bauausschusses die Mehrkosten für den Ausbau zur Mehrzweckhalle vorzulegen.

Stadtverordneter Gerads sprach sich ebenfalls für eine flächendeckende Beprobung des neuen Spielgeländes aus. Er trug vor, dass der Schwerbehindertenbeauftragte einem Turnhallenbau am ehemaligen Planungsstandort nicht zugestimmt habe.

Stadtverordneter Kleinen stellte klar, dass es sich immer noch um eine Entscheidung des Gremiums handle und diese nicht von der Zustimmung des Schwerbehindertenbeauftragten abhängig sei.

Beigeordneter Brunen erklärte, dass es bis zur Ratssitzung nicht möglich sei, die Kosten detailliert für beide Standorte vorzulegen. Er bat um Festlegung, welche Aufgabe die Verwaltung zu erledigen habe.

Stadtverordneter Weiler bat darum, sich auf eine sachliche Betrachtung der Dinge zu beschränken. Die Debatte sei zu emotional geführt worden. Die Verwaltung solle die Zahlen zur nunmehr vorgestellten Planung vorlegen, mit zusätzlichem Klassenraum, der Erweiterung zur Mehrzweckhalle und zur Abstimmung kommen.

Stadtverordneter Mesaros erklärte trotz fehlender Zahlen für den Beschlussvorschlag zu stimmen.

Stadtverordneter Benden trug vor, dass kein Grund zur Eile vorliegen würde. Man könne über die vorhandenen Alternativen nach Vorlage der Kostengegenüberstellung entscheiden. Er erwarte in der Kostenaufstellung die Ersatzbepflanzung für die 50 gefälltten Bäume.

Letztlich folgte eine zuletzt hitzig geführte Debatte über Kosten, notwendige Fällarbeiten und alternativen Möglichkeiten. Anschließend wurde über die vorliegenden Anträge abgestimmt.

Der Antrag auf Verschiebung der Entscheidung wurde mehrheitlich abgelehnt.

Dem Antrag über die vorzulegenden Zahlen und für den Ausbau zur Mehrzweckhalle wurde mehrheitlich zugestimmt.

Beschlussvorschlag:

Die vorgestellte Entwurfsplanung zum Neubau einer Turnhalle mit angebautem Klassenraum und Verlagerung des Pausenhofs auf dem Grundstück der GGS Gillrath wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschlussvorlage wurde mehrheitlich zugestimmt.

**TOP 3 Vorstellung und Beratung der Planungen zum Neubau eines Kindergarten auf dem Grundstück Martin-Heyden-Straße 58, 52511 Geilenkirchen
Vorlage: 1575/2019**

Herr Stefelmans stellte den Entwurf des Kindergartens an der Realschule anhand der beige-fügten Präsentation vor.

Stadtverordneter Benden befand die Planung sowie Bezeichnung des Kindergartens „Wurm-matrosen“ als gelungen.

Die sachkundige Bürgerin Rudzki erkundigte sich nach dem Investitionsvolumen. Dieses sei in der Vorlage mit 2,85 mio. Euro angegeben worden und in der Präsentation mit 3,25 mio. Euro.

Herr Stefelmans räumte ein, dass er zwischen der Erstellung der Vorlage und der Präsentation noch eine Kostensteigerung einkalkuliert habe, da das vorhandene Geländenniveau und die Fundamentierung in einem Schwemmgelände wahrscheinlich höhere Kosten verursachen werden.

Herr Houben ergänzte, dass die Kosten derzeit im Fluss seien und noch keine differenzierten Zahlen vorgelegt werden könnten. Mehrkosten seien noch möglich und man werde für den Nachtragshaushalt definitive Zahlen vorlegen können.

Beigeordneter Brunen erklärte, dass die Maßnahme nicht in 2019 abgeschlossen werde, sondern in 2020 fertiggestellt werde. Für den Bau des Kindergartens liege eine Finanzierungszusage des Landes vor, wonach ein Kindergartenplatz mit einem Zuschuss von 90% von 30.000 € je Kindergartenplatz gefördert werde.

Stadtverordneter Weiler erkundigte sich nach dem Inhalt des Begriffs der Gesamtbaukosten.

Die Gesamtbaukosten sind hier mit dem Begriff der Festausstattung gleichzusetzen. Geschirr, Besteck, Spiele usw. sind darin nicht enthalten.

Beschlussvorschlag:

Die vorgestellte Entwurfsplanung zum Neubau einer Kindertagesstätte auf dem Grundstück Martin-Heyden-Straße 58 in 52511 Geilenkirchen wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschlussvorlage wurde einstimmig zugestimmt.

TOP 4 Vorstellung und Beratung der Planungen zur Erweiterung des Kindergartens auf dem Grundstück Im Gang 34 - 36, 52511 Geilenkirchen Vorlage: 1576/2019

Herr Stefelmans stellte den Entwurf des Kindergartens an der Realschule anhand der beigefügten Präsentation vor.

Stadtverordneter Gerads fragte nach ob ein Oberlicht ausreichend sei, um Licht in den Flur zu bekommen.

Herr Stefelmans erwiderte, dass außer dem Oberlicht noch gläserne Seitenteile für ausreichenden Lichteinfall im Flur sorgen werden.

Stadtverordneter Kleinen erkundigte sich nach der Planung zur Aufstellung der einzelnen Module mittels eines Kranes.

Herr Stefelmans teilte mit, dass der notwendige Autokran auf der Straße oder auf dem unbebauten Grundstück aufgestellt werde, sodass der Kindergartenbetrieb möglichst wenig beeinträchtigt sei.

Stadtverordneter Conrads erkundigte sich, ob es möglich sei, das Dach mit einer Begrünung oder einer Photovoltaikanlage auszustatten.

Die Dachbegrünung oder eine Photovoltaikanlage könne man auf den Modulen aufbringen, doch seien die Kosten hierfür nicht in der Kalkulation enthalten, so Herr Stefelmans.

Stadtverordneter Conrads bat um Nachlieferung der Zahlen für die Dachbegrünung und für eine Photovoltaikanlage.

Stadtverordneter Gerads erkundigte sich nach der Spielfläche auf dem Kindergartengelände.

Beigeordneter Brunen führte aus, dass die überplante Fläche derzeit als Rasen- und nicht als Spielfläche genutzt werde, insofern sei für die Erweiterung eine ausreichende Spielfläche vorhanden.

Beschlussvorschlag:

Die vorgestellte Entwurfsplanung zur Erweiterung einer Kindertagesstätte auf dem Grundstück Im Gang 34-36 in 52511 Geilenkirchen wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschlussvorlage wurde einstimmig zugestimmt.

**TOP 5 Antrag der CDU Fraktion zur Prüfung auf Herstellung eines Kreisverkehrsplatzes an der Kreuzung K24 - Apweilerstraße/Ederener Straße
Vorlage: 1589/2019**

Stadtverordneter Weiler begründete den Antrag der CDU Fraktion mit dem Kreuzungsunfall in den letzten Tagen. Es sei bekannt, dass es sich um eine Kreisstraße handle und nur ein mit dem Kreis abgestimmtes Vorgehen möglich sei. Er habe erfahren, dass sich die Unfallkommission mit der Kreuzung beschäftige und auch eine Vorlage im Kreistag eingebracht worden sei. Man möge daher auf den Beschluss des Kreistages warten.

Stadtverordneter Gerads erklärte, den Antrag unterstützen zu wollen und brachte seine Verwunderung zum Ausdruck, warum der Antrag nicht unmittelbar beim Kreis gestellt worden sei.

Stadtverordneter Grundmann teilte mit, den Antrag ebenfalls zu unterstützen, wenn man auf die Einschätzung der Polizei warte und die Gefahrenbeseitigung über den Kreis erfolgen werde.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung regt gegenüber der Kreisverwaltung infolge jüngster Unfälle, zuletzt am 22.05.2019, die erneute Prüfung hinsichtlich eines Unfalhhäufungspunkt an und prüft weitere

Möglichkeiten zur Herstellung eines Kreisverkehrsplatzes an der Kreuzung K24 – Apweilerstraße / Ederener Straße.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschlussvorlage wurde einstimmig zugestimmt.

**TOP 6 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Ausrufung des Klimanotstandes für die Stadt Geilenkirchen
Vorlage: 1591/2019**

Stadtverordneter Benden erklärte zum Fraktionsantrag, dass Rat und Verwaltung anerkennen sollen, dass der Klimawandel ein von Menschen gemachtes Problem sei. Die bisher getroffenen Maßnahmen zum Klimaschutz reichen nicht aus. Es sollten mehr freiwillige Maßnahmen ergriffen und zum Nachdenken angeregt werden. Die Verwaltung soll verpflichtet werden, einmal im Jahr einen Bericht vorzulegen.

Stadtverordnete Slupik sprach sich für den Klimaschutz in Geilenkirchen aus. Man habe bisher einige Projekte umgesetzt. Ihr fehlen im Antrag die konkreten Maßnahmen und das Ziel welches mit dem Beschlussvorschlag erreicht werden soll.

Stadtverordneter Kleinen bemängelte die Formulierung „Alle“ künftigen Entscheidungen unter einen Vorbehalt zu stellen. Dies sei zu global formuliert und es fehle die Definition, was Klimanotstand sei. Seinerzeit habe man den Antrag zur Aufstellung von Mooswänden nach einem Gutachten abgelehnt. Er könne nicht erkennen, was die Stadt für einen Vorteil aus dieser Proklamation ziehen könne und welche Kosten verursacht würden.

Stadtverordneter Grundmann sprach sich dafür aus, den Antrag um Einstellung eines Klimaschutzbeauftragten zu erweitern. Ansonsten sei er für den Antrag, wenn alternativen bei den Projekten vorgestellt würden und der Vorbehalt weg falle und auch der Begriff des Klimanotstandes. Er schlug die Formulierung einer klimatechnischen Prüfung vor.

Stadtverordneter Conrads bekannte sich ebenfalls zur Notwendigkeit des Klimaschutzes. Ihm fehle im Antrag die Formulierung von Zielen und konkreten Forderungen.

Ausschussvorsitzender Paulus verwies auf die Vorgehensweise in der Gemeinde Selfkant. Dort habe man sich für konkrete Maßnahmen ausgesprochen und schlug eine entsprechende Formulierung des Beschlussvorschlages vor.

Sachkundiger Bürger Bani-Shoraka erläuterte, dass man mit dem Antrag die Verhaltensweisen und das Denken ändern wolle. Man habe nur noch zehn Jahre Zeit zu handeln. Er sprach von einer größeren Bedeutung für das Bauwesen und einer rechtlich nicht bindenden Erklärung.

Stadtverordneter Mesaros fand die Idee gut, keine rechtliche Verpflichtung einzugehen und Alternativen bei Bauvorhaben aufzeigen zu lassen. Allerdings halte er die Formulierung des Klimanotstandes in Geilenkirchen für überzogen, da darunter eine besondere Problematik in Geilenkirchen verstanden werden könnte.

Stadtverordneter Weiler bat um Verschiebung des Antrages in die Septembersitzung. Der Antrag sei zu global formuliert. Zudem stehe der Antrag von der Formulierung her nicht im Einklang mit der v.g. Unverbindlichkeit. Man solle wie bisher den Klimaschutz bei einzelnen Maßnahmen beachten.

Stadtverordneter Gerads trug die aus den Fridays for Future gewählten Formulierungen aus der Stadt Münster vor und sprach sich für eine ähnliche Vorgehensweise in Geilenkirchen aus.

In der zum Schluss hitzig geführten Debatte um den Inhalt der Erklärung und der Formulierung des Beschlussvorschlages stellte Stadtverordneter Benden klar, dass über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN in der vorgelegten Form zu entscheiden sei.

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Geilenkirchen übernimmt Verantwortung und ruft den Klimanotstand aus. Alle künftigen Entscheidungen der Stadt Geilenkirchen sind damit unter einem Klima Vorbehalt zu treffen.

Abstimmungsergebnis:

Die Beschlussvorlage wurde mehrheitlich abgelehnt.

**TOP 7 Beratung und Entscheidung über das Einvernehmen zur Erweiterung einer Abgrabung in Geilenkirchen-Müllendorf
Vorlage: 1559/2019**

Zum Tagesordnungspunkt gab es keine Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

Der Umwelt- und Bauausschuss stellt das Einvernehmen nach § 36 BauGB her.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschlussvorlage wurde mehrheitlich zugestimmt.

**TOP 8 Beratung und Entscheidung über das Einvernehmen zur Erweiterung einer Abgrabung in Geilenkirchen-Leiffarth
Vorlage: 1556/2019**

Zum Tagesordnungspunkt gab es keine Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

Der Umwelt- und Bauausschuss stellt das Einvernehmen nach § 36 BauGB her.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschlussvorlage wurde mehrheitlich zugestimmt.

TOP 9 Anfragen

Stadtverordneter Kleinen bat um Mitteilung, ob der Kreisverkehr in Hünshoven umgesetzt wird. Ferner bat er darum, die Einladungen bezüglich des Datenvolumens zu reduzieren.

Notwendige Beiblätter sollten in die Vorlagen eingebettet werden und nicht nur separat eingestellt werden.

Beigeordneter Brunen antwortet, dass der Kreisverkehr in Hünshoven in absehbarer Zeit realisiert werde und er sich um die Problematik der Einladung und Informationsbereitstellung kümmere.

Stadtverordneter Grundmann erkundigte sich, ob am Neubaugebiet in Lindern ein Spiegel am Bolleber aufgestellt werden könne. Durch die ausgelegten Betonsteine sei bei der Ausfahrt aus der Straße Bolleber die Einsicht in die Straße erschwert.

Beigeordneter Brunen sagte eine Prüfung vor Ort zu.

Die Sitzung endete um: 21:48 Uhr

Vorsitzender

Gez.
Hans-Josef Paulus

Schriftführer:

Gez.
Manfred Houben